

Nicht nur die klassischen Geberländer, auch weitere Staaten sind bereit, für die Kosten von Klimaschäden aufzukommen.

**DUBAI.** Die 28. UN-Klimakonferenz in Dubai hat bereits am ersten Tag ein erstes konkretes Ergebnis erzielt: Gleich in der Eröffnungssitzung wurde am Donnerstag die Arbeitsfähigkeit des vor einem Jahr vereinbarten Fonds für klimabedingte Schäden hergestellt. Debatten gab es über das vielfach geforderte Aus für fossile Energien – Konferenzpräsident Sultan Ahmed al-Dschaber äußerte sich dazu eher ablehnend.

Der neue Fonds soll besonders gefährdeten Staaten bei klimabedingten Schäden und Verlusten Unterstützung gewähren. Deutschland und das Gastgeberland Vereinigte Arabische Emirate wollen jeweils 100 Millionen US-Dollar (etwa 91 Millionen Euro) beisteuern, wie das Bundesentwicklungsministerium mitteilte.

„Ich gratuliere den beteiligten Parteien zu dieser historischen Entscheidung“, sagte al-Dschaber. Dies bedeute ein „positives Signal an die Welt und für unsere Arbeit“ auf der Klimakonferenz. „Die Weltklimakonferenz beginnt mit einem Erfolg und einer wichtigen Weichenstellung“, erklärte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD).

Schulze hob hervor, dass sich erstmals nicht nur die „klassischen Geberländer“, sondern auch weitere Staaten beteiligen. „Viele Länder, die vor 30 Jahren noch Entwicklungsländer waren, können es sich inzwischen leisten, ihren Teil der Verantwortung für die weltweiten Klimaschäden zu tragen“, betonte die Ministerin. Über die Verwendung der Mittel soll ein Gremium aus Industrie- und Entwicklungsländern möglichst gemeinsam entscheiden, überstimmt werden kann keine der beiden Seiten.

Geprägt wurde der Beginn der Klimakonferenz ansonsten von Aufrufen zu mehr Ehrgeiz beim Klimaschutz und insbesondere einer Abkehr von Kohle, Öl und Gas. „Natürlich bin ich sehr für einen Text, der den Aus-

stieg beinhaltet“, sagte UN-Generalsekretär António Guterres vor seinem Abflug zur COP28 der Nachrichtenagentur AFP. Guterres warnte vor einer „totalen Katastrophe“, wenn die Menschheit ihre Anstrengungen für mehr Klimaschutz nicht verstärkte.

„Wenn wir uns nicht zum endgültigen Abschied von der uns vertrauten Ära der fossilen Brennstoffe bekennen, rufen wir zu unserem eigenen finalen Niedergang auf“, sagte auch der Chef des UN-Klimasekretariats UNFCCC, Simon Stiell, in der Eröffnungssitzung. Nachdrücklich mahnte Stiell, der Verantwortung für nachfolgende Generationen gerecht zu werden.

Al-Dschaber machte ebenfalls deutlich, die bisherigen Fortschritte reichten nicht aus, „um unsere Ziele rechtzeitig zu erreichen“. Der Konferenzpräsident bekräftigte das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Zur Debatte über das Aus für fossile Energieträger sagte al-Dschaber jedoch, die Konferenz müsse nach neuen Wegen suchen „und dabei eine Einbeziehung der Rolle fossiler Brennstoffe sicherstellen“. AFP



Ahmed al-Dschaber bei der Eröffnungszereemonie der COP28  
Foto: AFP/Giuseppe Carace

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg fordert wirksame Sofortmaßnahmen. Die Regierung erwägt, in Revision zu gehen.

**BERLIN.** Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Bundesregierung zur Vorlage eines Klimaschutz-Sofortprogramms verurteilt. Das Gericht gab am Donnerstag den Klagen von zwei Umweltverbänden statt und bescheinigte der Bundesregierung einen Verstoß gegen die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes in den Bereichen Verkehr und Gebäude. Das im Oktober beschlossene Klimaschutzprogramm 2023 erfüllt nach Auffassung des Senats nicht die gesetzlichen Anforderungen an das Sofortprogramm. Die Regierung müsse deswegen „schnellstmöglich“ ein wirksames Sofortprogramm beschließen.

Geklagt hatten die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der BUND. Sie warfen der Bundesregierung eine Nichteinhaltung der im Bundesklimaschutzgesetz festgeschriebenen Treibhausgas-Sektorziele für Verkehr und Gebäude vor und verlangten den Beschluss von Sofortprogrammen, wie sie das Klimaschutzgesetz vorsieht. Das beschlossene Klimaschutzprogramm 2023 reicht nach Einschätzung der Richter nicht aus, weil es lediglich anhand einer sektorübergreifenden und mehrjährigen Gesamtbeurteilung prüft, ob die Klimaschutzziele bis 2030 erreicht werden. Ein Sofortprogramm müsse aber „kurzfristig wirksame Maßnahmen enthalten“.

Die DUH sprach von einem „bahnbrechenden Urteil“. Ihr Geschäftsführer Jürgen Resch erklärte: „Dieses Urteil ist der richterliche Doppel-Wumms für den Klimaschutz und eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung wegen ihrer katastrophalen Klimapolitik.“ Die Bundesregierung müsse nun „ein Zeichen für einen Neustart im Klimaschutz setzen und als einzige sofort wirksame Maßnahme ein Tempolimit von 100

Stundenkilometern auf Autobahnen, 80 Stundenkilometern außerorts und Tempo 30 für die Stadt umsetzen“. BUND-Geschäftsführerin Antje von Broock forderte die Ministerien für Verkehr, Bau und Wirtschaft zur raschen Vorlage „ambitionierter Maßnahmen“ auf. „Das heißt: Tempolimit jetzt, Dienstwagenprivileg abschaffen, Steuervorteile für Diesel und Kerosin beenden und klare Vorgaben für die energetische Modernisierung von Gebäuden.“

### Die klagenden Umweltverbände fordern sofortige Tempolimits.

Die Bundesregierung prüft nach dem Klimaschutz-Urteil, in Revision zu gehen. Das Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium von Ressortchef Robert Habeck (Grüne) teilte mit: „Das Gericht hat die Revision ausdrücklich zugelassen. Die Bundesregierung wird die Urteile und ihre Begründungen, sobald diese schriftlich vorliegen, im Einzelnen genau auswerten und das weitere Vorgehen prüfen.“ Das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium erklärte weiter: „Mit den im Klimaschutzprogramm 2023 enthaltenen Maßnahmen kann die Bundesregierung bis zu 80 Prozent der bestehenden Klimaschutzlücke bis zum Jahr 2030 schließen.“ Die Bundesregierung arbeite daran, die Lücke zu schließen.

Der Unions-Klimapolitiker Andreas Jung hat die Ampel wegen des Urteils zu Konsequenzen aufgefordert. Der CDU-Vize sagte: „Statt ‚Augen zu‘ und ‚Weiter so‘ braucht es jetzt eine grundlegende Neuausrichtung der Klimapolitik der Bundesregierung. Das ist die eindeutige Lage nach dem Urteil. Die Strategie, Haushaltstricks und verbale Beteuerungen mit einer Entkernung des Klimaschutzgesetzes zu kombinieren, ist endgültig gescheitert.“ Die Ampel müsse dem Klimaschutz endlich die notwendige Priorität einräumen, verlangte Jung. AFP/dpa